

## Nachrichten vom Landtage.

Dreihundert und fünf u. zwanzigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer, am 3. October 1834.

(Beschl.)

Berathung des Berichts der I. Deputation, den Gesetzentwurf, einige Bestimmungen über das Gewerbswesen betreffend.

Vizepräsident: Ich will mir einige Worte, theils wegen des Formellen, theils wegen des Materiellen erlauben. Was das Formelle betrifft, so habe ich folgendes Bedenken. Nach meinem Dafürhalten können wir die Berathung des Gesetzentwurfs nicht abweisen, da beide Kammern in der ständischen Schrift gesagt haben: daß wir aus dem Gesetzentwurf, die Gewerbeordnung betreffend, die darinnen enthaltenen Bestimmungen über die auf dem Lande zu blühenden Handwerke und Gewerbe, über Vereinigung mehrerer verwandter Innungen und über die freien Gewerbe durchgehen und berathen wollen; (S. 590. d. Landtagsacten, Abth. I. Bd. 3.) und S. 600. daß die allerhöchste Zustimmung dazu gegeben worden ist. Mir scheint eine Vereinigung zwischen der Regierung und den Ständen hierin obzuwalten, und ich weiß nicht, ob wir die Berathung über einen Gesetzentwurf aussetzen können, welcher in Folge unseres Antrags uns vorgelegt worden ist. Ferner bemerke ich, daß nach §. 80. der Verfassungsurkunde ein Gegenstand, welcher von der Staatsregierung vorgelegt wird, vor allen übrigen in Berathung gezogen werden muß; wenn wir aber die Berathung dieses Gesetzentwurfs jetzt verweigern, so scheint das der Verfassungsurkunde, welche die Vorlagen der Regierung zu berathen gebietet, und zwar vor allem Andern zu berathen, gerade zu entgegen. Eben so sagt §. 93. der Verfassungsurkunde, daß die ständische Erklärung, wodurch entweder ein Gesetzesvorschlag ganz abgelehnt wird, oder Veränderungen dabei beantragt werden, die Angabe der Beweggründe zu dieser Ablehnung enthalten muß. Nun habe ich solche Motiven, welche diese Ablehnung hier begründen möchten, noch nicht gehört, und weiß auch nicht, wer sie angeben soll. Bis jetzt haben zwar einzelne Mitglieder sich gegen das Gesetz geäußert, aber die Mehrzahl der Sprecher hat sich für dasselbe erklärt. Ferner heißt es §. 92. der Verfassungsurkunde, daß zur Abwerfung eines Gesetzentwurfs wenigstens 3 der anwesenden Mitglieder einer Kammer erforderlich sind. Jetzt will man die Majorität der Kammer an die Stelle der 3 setzen. Ebenso sind die §§. 70. und 90. der Landtagsordnung ganz gegen ein solches Verfahren. Doch ich gehe jetzt von den formellen Bedenken hinweg, und wende mich zu den materiellen. Mir scheint hier nichts anderes vorzuliegen, als ein Kampf zwischen dem platten Land und den Städten. Das Land glaubt, wenn es die Gewerbe erhielte, so würde es in große Vortheile kommen. Ich lasse das für jetzt dahingestellt sein, ob dem wirklich also sein würde; allein so viel

ist gewiß, daß der Unterschied zwischen dem platten Lande und den Städten nur darin besteht, daß die Gewerbe in die Städte und der Ackerbau auf das Land verwiesen sind; denn ich möchte wissen, welcher Unterschied noch sonst besteht, nachdem die General-Accise aufgehoben ist. Wenn alle Gewerbe auf das Land kommen, so würden die Nahrungsquellen in den Städten bald versiegen, und das würde auch auf das Land wieder nachtheilig rückwirken; es würden sich dann unmöglich die Preise der landwirthschaftlichen Producte auf einer angemessenen Höhe erhalten können. Ferner folgt daraus, daß, wenn die Städte ihre gewerbliche Nahrungsquelle verlieren, auch die Abgaben von ihnen nicht mehr in der Höhe geleistet werden können, wie es jetzt geschieht, und daß sie also auf das platte Land übertragen werden müssen. Auch muß ich weiter des Nachtheils gedenken, der dann noch in so fern für das platte Land eintritt, und nicht außenbleiben kann, daß dasselbe mit solchen Leuten überfüllt, und daß diese Ueberfüllung wieder unter den Gewerbetreibenden daselbst Verarmung herbeiführen wird, was auf das noch nicht geordnete Armenwesen in den Dörfern nothwendig eine bedeutende Rückwirkung äußern würde. Wenn man aber sagt, die Freiheit der Gewerbe würde auch für das Publicum besser sein, so bin ich vielmehr der entgegengesetzten Meinung, nämlich der, daß, wenn kein Meister mehr vorhanden sein soll, und sich jeder nur so unterrichtet, wie er es eben kann, und wie es ihm beliebt, es sehr schlecht mit den Gewerben aussehn wird. Eben so glaube ich auch nicht, daß in dem fraglichen Gesetzentwurf eine Beschränkung der persönlichen Freiheit vorliege; denn es kann ja heut zu Tage jeder ein Handwerk ergreifen, welches er will, und wenn man sagt, es würden dann die Preise bei den Handwerkern immer geringer werden, so entgegenge ich, daß das Wohlfeilste nie das Beste ist, und daß man in der Regel schlecht verwahrt wird, wenn man nach dem Wohlfeilsten greift. Man darf nur seinen Blick auf den Preuß. Staat werfen, da hat sich die Gewerbefreiheit nicht so günstig bewährt, als man rühmen möchte. Das Eine gebe ich zwar zu als richtig, was ein geehrter Abg. geäußert, daß selbst das zünftige Publicum, zum Theil, nämlich das jüngere, die Gewerbefreiheit wünsche, allein wer ist dieß jüngere Publicum? Niemand anders als die Gesellen, um der Erlangung des Meisterrechts überhoben zu sein, allein man wird sie gewiß, sobald sie Meister sind, ganz anders reden hören. Eines sei mir noch gestattet hier zu erwähnen. Es ist noch auf die Salzaccise Bezug genommen worden; da bemerke ich doch aber, daß diese von den Städten selbst getragen wird; denn die Ausgabe, die der Landmann in diesem Bezug zu machen hat, muß der Consument, der Städter tragen, der Beweis davon ist dieser, daß der Preis der landwirthschaftlichen Producte auf dem Lande sich geringer stellt, als